
I N L A N D

Kinderwunsch in Österreich dramatisch rückläufig	2
Rückgang von 2,1 auf 1,68 gewünschter Kinder binnen 14 Jahren - Institut für Familienforschung: Teuerung spielt Rolle - Zusammenhang zwischen Glaube und Kinderzahl	
Mutmaßlicher Obdachlosen-Mörder gefasst: Wiener Caritas erleichtert	3
Dreikönigsaktion: EU-Lieferkettengesetz "nicht verwässern"	4
UN-Sondersitzung: Caritas drängt auf humanitäre Waffenruhe in Gaza	5
Kräutler: Leonardo Boff schuf Begriff "strukturelle Sünde"	5
Leonardo Boff 85: Ordensfrau Zechmeister würdigt "Gründergestalt"	7
Diözese Linz feiert 20 Jahre Bischof Manfred Scheuer	8
Theologin Csiszar: Ziel der Synode ist "neue Kultur von Kirche"	10
Ostumfahrung Wr. Neustadt: KA Wien zieht Parallele zu Hainburg	11
Salesianer backen seit 130 Jahren in Betlehem Brot für Bedürftige	11

V A T I K A N & R O M

Nächste Schritte für katholische Weltsynode bekanntgegeben	12
Ortskirchen sollen erneut über Wege und Instrumente einer synodaleren Kirche und konkrete Formen missionarischen Engagements beraten - Eigene vom Synodensekretariat in Rom koordinierte weltkirchliche Arbeitsgruppen zu Themen wie Diakonat der Frau	
Vatikan: Katholiken dürfen Asche von Toten nicht verstreuen	14

A U S L A N D

Moskauer Patriarch ruft zu Gebeten für Russland und Putin auf	14
Theologin Knop: Vatikan widerspricht sich bei Frauenpriestertum	15
Bischof Bätzing: Kirche tritt für jüdische Gemeinden ein	16
Tschechischer Weihbischof Kajnek emeritiert	16
Ghanas Bischöfe stützen Gesetz gegen Homosexualität	17
USA: Oberstes Gericht in Texas stoppt Abtreibung	17
Führungswechsel an Jesuiten-Uni in El Salvador	18

K U L T U R & M E D I E N

Kirchenmusiker Praßl mit Päpstlichem Orden ausgezeichnet	18
Gregorianik-Fachmann von St. Pöltner Weihbischof Leichtfried in Laudatio als "Glücksfall für Österreich" gewürdigt	
Christbaum aus Stift Admont im ORF-Zentrum am Königberg	19
Künstler für interreligiöses Kunstwerk am Kölner Dom ausgewählt	19

I N L A N D

Kinderwunsch in Österreich dramatisch rückläufig

Rückgang von 2,1 auf 1,68 gewünschter Kinder binnen 14 Jahren - Institut für Familienforschung: Teuerung spielt Rolle - Zusammenhang zwischen Glaube und Kinderzahl

Wien, 12.12.2023 (KAP) Von einem dramatischen Rückgang des Kinderwunsches in Österreich berichtet das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF): Zwischen 2009 und 2023 sank der Kinderwunsch von 2,1 auf 1,68 pro Frau im gebärfähigen Alter. Zudem hat sich die Zahl jener Frauen, die sich überhaupt kein Kind mehr wünschen, mehr als verdreifacht. Das geht aus der am Dienstag veröffentlichten "Generations and Gender Survey" hervor, die das ÖIF gemeinsam mit anderen Instituten der Universität Wien, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und der Universität Salzburg durchgeführt hat. Die Teuerung wird von den Studienautoren als ein entscheidender Faktor dieser Entwicklung genannt.

Befragt wurden für die im vergangenen Winter durchgeführte Untersuchung mehr als 8.000 Personen zwischen 18 und 59 Jahren. Im Vergleich zu derselben 2009 durchgeführten Untersuchung sank bei den befragten Frauen zwischen 18 und 45 Jahren der Kinderwunsch deutlich. Weniger als früher wünschen sich heute genau ein Kind, noch deutlicher sank jedoch die Anzahl der Frauen mit höherem Kinderwunsch (minus 35 Prozent). Hingegen nahm vor allem jene Gruppe zu, die gar keine Kinder möchte - in absoluten Zahlen von hochgerechnet vormals 100.000 auf nunmehr 360.000. Bei den in den 1990er-Jahren Geborenen wird sich das drastisch auswirken: Die Forscher schätzen, dass 23 bis 24 Prozent von ihnen kinderlos bleiben werden.

Berücksichtigen müsse man, dass Gesamtzahl der aufgrund ihres Alters potenziellen Mütter in Österreich seit 2009 um rund 8 Prozent gesunken ist, "von 1,63 Millionen auf gut 1,50 Millionen", gab Studienleiter Norbert Neuwirth vom ÖIF im Interview mit der Nachrichtenagentur Kathpress zu bedenken. Sei schon durch diese Entwicklung ein Geburtenrückgang zu erwarten, so verstärkte sich der Trend durch die Veränderung beim Kinderwunsch noch zusätzlich. 2009 sei der Gesamtkinderwunsch - der dann freilich nur zu einem bestimmten Teil rea-

lisiert wird - mit 2,1 Kindern pro Frau noch auf Erhaltungsniveau gelegen. Heute liege er weit darunter.

Generation unter 30 am meisten betroffen

Zu den vielfältigen und bereits bekannten Ursachen für diese Entwicklung - wie längere Ausbildungszeiten, Partnerfindung und mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf - hat sich laut den Wissenschaftlern in den jüngsten Jahren mit der Teuerung und ihren Folgen noch eine weitere hinzugesellt. Knapp ein Drittel der Befragten gab an, sie hätten wegen der Krisen den eigenen Kinderwunsch entweder geändert (11 Prozent) - und zwar stets in Richtung weniger bzw. keine Kinder mehr - oder seien sich diesbezüglich unsicher (19 Prozent). Frauen und Menschen unter 30 sind am meisten davon betroffen. Die Belastung durch Preisentwicklungen sei auffallend hoch und stehe klar im Zusammenhang mit Änderungen im Kinderwunsch, sagte Neuwirth. Die Covid-Pandemie habe zum Zeitpunkt der Erhebung hingegen keine nennenswerte Rolle für den Kinderwunsch mehr gespielt.

Auch die weiterhin nicht funktionierende Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bezeichneten die Wissenschaftler als problematisch: Bei drei Viertel der Befragten wirke sich die Erwerbsarbeit "häufig oder manchmal negativ" auf Familienbelange aus. Dass dabei Alleinerziehende vor größeren Problemen stehen als Paare mit Kindern, dürfte auch auf die unausgewogene innerfamiliäre Arbeitsteilung bei weitgehend gegenläufigem Erwerbsausmaß bei Paaren mit Kindern zurückzuführen sein.

ÖIF-Leiter Wolfgang Mazal bezeichnete die Entwicklungen beim Kinderwunsch als durchaus nachvollziehbar: "Wenn man die Herausforderungen der Eltern bedenkt, versteht man, warum sie offenbar dreimal überlegen, Kinder in die Welt zu setzen." Zu den interessantesten weiteren Details der Studie gehöre, dass Mütter überwiegend angaben, Arbeit im Homeoffice reduziere Stress, während bei Vätern Gegenteili-

ges sichtbar wurde. Frauen bzw. Mütter machen zudem heute die Entscheidung über ihr Erwerbsausmaß weitgehend nicht mehr vom Partner abhängig. Die Ergebnisse sollten laut Mazal ein Nachdenken über gesellschaftliche Verhältnisse anstoßen, konkret zur Frage: "Sind Lebensstil und gesellschaftliche Organisation nachhaltig und zukunftsorientiert?", so der Familienforscher.

Praktizierende Katholiken haben mehr Kinder

Veröffentlicht wurde die Studie in der Broschüre "Familien in Österreich. Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten". Sie entstand im Rahmen des Generations and Gender Programme (GGP), das vom Bundeskanzleramt (BKA), Sektion Familie und Jugend, sowie dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) gefördert wird.

Weitere in der Broschüre veröffentlichte Erhebungen stellen einen Bezug der Religions-

zugehörigkeit zur idealen Kinderzahl her. Personen katholischen Bekenntnisses, die häufig den Gottesdienst besuchten, gaben im Durchschnitt 2,4 Kinder als ideal an. Bei weniger aktiven Katholikinnen und Katholiken sowie Personen ohne Bekenntnis lag dieser Wert bei 2,0.

Als die Forscher um Gwen Gölt und Caroline Berghammer von der Universität Wien überprüften, wie sich die für sich selbst gewünschte Kinderzahl im Alter von 20 bis 29 zur späteren tatsächlichen Kinderzahl im Alter von 40 bis 44 Jahren verhielt, so bestätigte sich dies: Junge Personen ohne Bekenntnis wünschten sich im Durchschnitt 1,5 Kinder und bekamen dann 1,2 Kinder. Praktizierende Katholikinnen und Katholiken wünschten 2,2 und bekamen 2,1 Kinder, also fast ein Kind mehr. Dazwischen lagen jene, die ihren Glauben nicht praktizierten. (Link zur Broschüre: www.ggp-austria.at)

Mutmaßlicher Obdachlosen-Mörder gefasst: Wiener Caritas erleichtert

Polizei nahm 17-jährigen mutmaßlichen Täter fest - Caritasdirektor Schwertner "froh, dass Verdächtiger gefasst wurde und Gewalt gegen Obdachlose ein Ende hat"

Wien, 12.12.2023 (KAP) Große Erleichterung herrscht bei der Wiener Caritas, nachdem am Dienstag bekannt wurde, dass die Polizei jenen Mann gefasst hat, der im Sommer in der Bundeshauptstadt zwei Obdachlose getötet und eine weitere wohnungslose Person schwer verletzt haben soll. "Der mutmaßliche Täter wurde gefasst. Danke an die Wiener Polizei", schrieb der Wiener Caritasdirektor Klaus Schwertner in einer ersten Stellungnahme auf X (vormals Twitter). Bei den Streetworkteams der Hilfsorganisation, "und vor allem bei den obdachlosen Menschen, die nach wie vor im Freien in Wien schlafen", habe die Nachricht der Festnahme des erst 17-Jährigen für Beruhigung gesorgt, so Schwertner.

"Eine Stadt atmet auf. Neben der Kälte und dem Schnee blieb die Verunsicherung in der Bundeshauptstadt groß, besonders bei obdachlosen Menschen selbst", so Schwertner. Bis zuletzt hätten Teams der Caritas bei ihren Einsätzen Trillerpfeifen und Taschenalarmer verteilt, damit sich wohnungslose Menschen im Falle eines Angriffs bemerkbar machen können.

"Wir sind sehr froh, dass der Verdächtige gefasst wurde und die Gewalt gegen obdachlose

Menschen ein Ende hat, zumindest durch diesen mutmaßlichen Täter." Die Taten müssten aber weiter aufgeklärt werden, von der Polizei und letztlich von unabhängigen Gerichten, so Schwertner. "Und an der Stelle möchte ich auch darauf hinweisen: Die Rechte der Opfer und der Angehörigen, aber auch jene des mutmaßlichen Täters müssen geschützt werden."

Der 17-jährige Wiener hatte sich am Montag bei der Polizei gestellt und die tödlichen Angriffe auf Obdachlose vom vergangenen Sommer zugegeben. Der Bursche sei in die Inspektion Leysnerstraße in Penzing gekommen, sagte Gerhard Winkler, der Leiter des Ermittlungsdienstes des Landeskriminalamts Wien, am Dienstag bei einer Pressekonferenz. Bei den Messerattacken auf schlafende Obdachlose waren ein 56- und ein 55-Jähriger getötet, eine 51-Jährige verletzt worden. Auch die mutmaßliche Tatwaffe wurde inzwischen sichergestellt. Bei einer Hausdurchsuchung im Haus seines Vaters im Weinviertel sei das Stiletto dann gefunden worden.

Als Motiv des Jugendlichen nannte die Polizei zum einen zerrüttete Familienverhältnisse und zum anderen eine Verschlechterung sei-

ner privaten Situation ab Februar. So habe er die Schule abgebrochen und seine Drogensucht habe sich verschlimmert. "Er hat ein Ventil für seine Aggression gesucht, nach Aufmerksamkeit gesucht und eine gewisse Wut, Unruhe und Traurigkeit in sich verspürt, um diese Taten zu begehen", sagte der Ermittler.

Indes bleibt die Situation für obdachlose Menschen im Winter angespannt, bemerkte Caritasdirektor Schwertner. "Unsere Hilfe und Aufmerksamkeit muss jedenfalls weitergehen. Bitte ruft weiterhin das Kältetelefon an, meldet uns Schlafplätze von Obdachlosen unter 01/4804553", so Schwertners Appell an die Wiener Bevölkerung zu weiterer Wachsamkeit.

Dreikönigsaktion: EU-Lieferkettengesetz "nicht verwässern"

Hilfswerk der Katholischen Jungschar appelliert vor finaler Verhandlungsphase an zuständige Minister und österreichische EU-Abgeordnete, "keinen faulen Kompromissen zuzustimmen"

Wien, 12.12.2023 (KAP) Mit Blick auf die am Mittwoch startende finale Verhandlungsphase für ein EU-Lieferkettengesetz hat die Dreikönigsaktion (DKA) gefordert, die Verhandelnden dürften den Vorschlagstext des Europäischen Parlaments "auf den letzten Metern nicht verwässern". Laut dem entwicklungspolitischen Hilfswerk der Katholischen Jungschar dürfen vom Anliegen, beispielsweise für Rohstoff-Importe strenge Regeln für Menschenrechts- und Umweltschutz zu erstellen, "möglichst wenig Abstriche" gemacht werden. Diese seien unbedingt nötig, so die DKA in ihrer Aussendung vom Dienstag: "Die Rechte indigene Völker und der lokalen Bevölkerung in den Abbaugebieten müssen effektiv geschützt werden."

93 für Menschenrechte und Umweltschutz Engagierte aus dem Globalen Süden - darunter viele Partner der Dreikönigsaktion - wandten sich zuletzt in einem offenen Brief an die Verhandelnden der verschiedenen der EU-Institutionen. Ihre Forderung: Anliegen wie die effektive Einbindung der Betroffenen vor Ort, die Haftung für Schäden und der Zugang zum Recht für Opfer sowie der Schutz von Menschenrechtsaktivisten müssten im Lieferkettengesetz klar verankert werden. "Hören sie auf unserem Ruf nach einer Richtlinie, die Menschenrechte und den Planeten an erste Stelle setzt und über das Business-as-usual hinaus geht", hieß es in dem Schreiben.

Auch die Dreikönigsaktion sieht das so, wies Jungschar-Vorsitzende Teresa Millesi hin. "Dass die Verhandlungen beschleunigt werden, um das Lieferkettengesetz noch vor den EU-Wahlen abzuschließen, begrüßen wir grundsätzlich: Die Schäden und Leiden in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sind groß und Be-

troffene können nicht länger warten." Die DKA appellierte dazu an Wirtschaftsminister Martin Kocher und Justizministerin Alma Zadic sowie die österreichischen EU-Abgeordneten, "keinen faulen Kompromissen und Verwässerungen zuzustimmen". Das neue Gesetz müsse "echte Verbesserungen für Menschen im Globalen Süden, insbesondere für Kinder", bringen, so Millesi.

Negativ-Beispiel Peru

Die Umstellung auf erneuerbare Energieträger und fossil-freie Mobilität lässt laut den Fachleuten der DKA den Bedarf nach bestimmten Rohstoffen wie Kupfer, Lithium oder Seltene Erden massiv nach oben schnellen. In Ländern wie Peru steige angesichts der weltwirtschaftlichen Begehrlichkeiten der Druck auf Umwelt und Menschenrechte, wie der peruanische Menschenrechtsanwalt Javier Jahncke kürzlich bei seinem Österreich-Besuch auf Einladung der Dreikönigsaktion darlegte. Der Mitinitiator des lateinamerikaweiten Netzwerks "Kirchen und Bergbau", der vom Bergbau betroffene Gemeinden in seinem Heimatland begleitet, zeigte sich alarmiert, dass die Regierung Perus Abbaukonzessionen für 35 Prozent der Fläche indigener Territorien vergeben hat. "Der peruanische Staat und die Bergbauunternehmen sind real die Einzigen, die über den Bergbau entscheiden. Die Mitsprache der Bevölkerung und der Gemeinden wird auf eine bloße Formalität reduziert", kritisierte Jahncke.

Wenn die staatliche Führung die Rechte seiner Bevölkerung nicht schützt, sei Druck von außen nötig, betonte der Menschenrechtsexperte. Rechtsrahmen wie ein EU-Lieferkettengesetz müssten auch die Abnehmerstaaten von Rohstoffen in die Pflicht nehmen.

Die Dreikönigsaktion ist Teil der "Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe" (www.ag-rohstoffe.at) - einem Bündnis österreichischer NGOs, das sich im Rahmen des Projekts "#Rohstoffwende" für

eine ökologisch nachhaltige, demokratische, gerechte, entwicklungspolitisch kohärente und menschenrechtskonforme Rohstoffpolitik einsetzt. (Info: www.dka.at/rohstoffe)

UN-Sondersitzung: Caritas drängt auf humanitäre Waffenruhe in Gaza

Auslandshilfe-Chef Knapp: "Humanitäre Grundprinzipien müssen eingehalten werden. Österreich muss für eine sofortige Waffenruhe stimmen"

Wien, 12.12.2023 (KAP) Die Caritas appelliert an Österreichs Regierung, bei der Sondersitzung der UN-Generalversammlung in New York am heutigen Dienstag für eine sofortige humanitäre Waffenruhe aller Konfliktparteien zu stimmen. "Humanitäre Hilfe im Gazastreifen muss möglich sein. Humanitäre Grundprinzipien müssen eingehalten werden. Österreich muss für eine sofortige Waffenruhe stimmen", betonte der Auslandshilfe-Generalsekretär der Hilfsorganisation, Andreas Knapp, in einer Aussendung.

Das Grundprinzip des humanitären Völkerrechts muss gewährleistet werden, so Knapp. Eingebettet in das internationale Caritas-Netzwerk fordere die Caritas die bedingungslose Freilassung aller Geiseln sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Kurzfristig müsse den Menschen in Gaza Zugang zu überlebenswichtigen Gütern wie sauberem Trinkwasser, Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischer Versorgung und Strom verschafft werden.

Darüber hinaus sei eine Waffenruhe "die einzige Möglichkeit, eine regionale Eskalation des Konflikts zu verhindern, vor der sowohl UN-Organisationen als auch Caritas-Organisationen

weltweit warnen". Die Hilfsorganisation schließe sich den Menschen aller Religionen an, die sich für Frieden, Verständnis und Versöhnung sowie für eine dauerhafte, gerechte Zukunft für alle Völker in Israel, Gaza, dem Westjordanland und in der weiteren Region des Nahen Ostens einsetzten.

Seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober und Israels darauffolgendem Militäreinsatz sei es im Gazastreifen zu einer verheerenden humanitären Krise gekommen: "1,8 Millionen Menschen - nahezu 80 Prozent der Bevölkerung - sind in Gaza auf der Flucht vor den Bomben", so die Caritas. Über 15.000 Palästinenser seien bereits getötet worden, davon sind laut Schätzungen 70 Prozent Frauen und Kinder. Die Hälfte der Wohnhäuser wurde beschädigt. 26 von 36 Krankenhäusern sind nicht mehr in Betrieb und das Gesundheitssystem steht Berichten zufolge kurz vor dem Zusammenbruch.

(Spenden: www.caritas.at/nahostkonflikt, oder Caritas-Spendenkonto: IBAN: AT23 2011 1000 0123 4560, Kennwort: Konflikt im Nahen Osten)

Kräutler: Leonardo Boff schuf Begriff "strukturelle Sünde"

Früherer Amazonas-Bischof würdigt brasilianischen Befreiungstheologen zu dessen 85er für dessen Eintreten für Kirchen-Öffnung - "Wir geben nicht auf"

Wien, 12.12.2023 (KAP) Für seine mutige Haltung in der Umweltethik und seine theologische Vorreiterrolle in Lateinamerika hat Bischof Erwin Kräutler den Befreiungstheologen Leonardo Boff zu dessen 85er gewürdigt. Boffs Anliegen sei es stets gewesen, "den Geist der Wahrheit zu verkünden" - dem Missfallen kirchlicher Instanzen zum Trotz, schrieb der emeritierte Amazonas-Bischof am Dienstag an Kathpress. Besonders den Begriff der "strukturellen Sünde" habe Boff geprägt. Er sei vielfach rezipiert worden - insbe-

sondere von der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM) in Medellín 1968 und von der Befreiungstheologie.

Unter "strukturelle Sünde" verstehe Boff vor allem die fehlende Solidarität, aus der "wahrhafte Sünden auf individueller und gesellschaftlicher Ebene" in Form ungerechter Strukturen entspringen, zitierte Kräutler aus der CELAM-Erklärung von 1968. Auch aktuell gebe es Beispiele dafür: Kräutler nannte hier etwa Gesetze, die es Großgrundbesitzern, Bergwerks-

gesellschaften, Holzhändlern und Goldsuchern ermöglichten, "legal" in indigene Gebiete einzudringen. Es sei auch die Folge einer "strukturellen Sünde", wenn bei der 23. Klimakonferenz in Dubai der fehlende Wille vonseiten der Großmächte sowie kleinerer Nationalstaaten, sichtbar werde, "endlich Maßnahmen zu treffen, um der Klimaerwärmung entgegenzusteuern", kritisierte der Bischof.

Kräutler erklärte, er teile mit Boff die Begeisterung für die Aufbrüche der Kirche im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils sowie das Leiden ob des Widerstands gegen Erneuerungen. Auch wenn er in diesen Bereichen Stagnation feststelle, betonte Kräutler: "Wir geben nicht auf." Bis heute hoffe er auf "Öffnung der Kirche für den Dienst an den Menschen aller Kontinente und Kulturen im Hier und Jetzt ihrer Geschichte". Die Umsetzung der Forderungen des Konzils würden aufgrund ihres Alters aber wohl weder der am Donnerstag seinen 85er feiernde Boff noch er selbst - Kräutlers 85er steht im Juli 2024 bevor - erleben.

Die Kirche habe zwar nicht die Aufgabe zu erklären, "wie sich die Welt in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auszurichten hat", meinte Kräutler. Ein Ausklammern der prophetischen Dimension der Kirche aus Furcht, "die Kirche könnte als politische Akteurin verschrien werden", sei aber ebenfalls der falsche Weg. So komme auch ein Schweigen, wenn es um die Verteidigung der Menschenrechte und -würde geht, "einer politischen Rechtfertigung der strukturellen Sünde gleich".

Mutige Haltung

Mutig sei Boff besonders darin gewesen, dass er mit seiner Haltung oftmals auch das Missfallen kirchlicher Instanzen riskiert habe, sagte Kräutler. Der Bischof erinnerte dabei an das Verfahren der Glaubenskongregation 1984 gegen Boff, der infolge seines Buches "Kirche: Charisma und Macht (1981) ein einjähriges Rede- und Lehrverbot - das sogenannte "Bußschweigen" - erhielt. Verantwortlich zeichnete mit dem damaligen Glaubenspräfekten Joseph Ratzinger, dem späte-

ren Papst Benedikt XVI., Boffs ehemaliger Professor. Kräutler erinnerte daran, dass diese Maßnahme damals "nicht einmal die brasilianischen Kardinäle Paulo Evaristo Arns und Aloisio Lorscheider, beide Franziskaner wie Leonardo" verhindern konnte.

Bedauern äußerte Kräutler darüber, dass Boff 1992 den Franziskanerorden verließ und laisiert wurde - woraufhin er eine Ethik-Professur annahm. Dennoch habe Boff "seiner Kirche" nie den Rücken zugewandt, betonte der frühere Amazonas-Bischof. Kräutler verglich dabei Boffs Lebenswerk mit dem Appell des Apostels Paulus an die Gemeinde in Thessaloniki, die er aufforderte "Löscht den Geist nicht aus". "Es ist schlicht meine Überzeugung, dass dieser Appell des Apostels das Werk Leonardos besser charakterisiert als irgendeine andere Überschrift."

Weiter als Theologe aktiv

Der 1938 im südbrasilianischen Bundesstaat Santa Catarina als Sohn italienischer Einwanderer geborene Boff trat 1958 in den Franziskanerorden ein. Er studierte Theologie und Philosophie, unter anderem im belgischen Löwen und in München. Boff besuchte während seiner Studienzeit in Deutschland auch Vorlesungen des damaligen Dogmatik-Professors Joseph Ratzinger; der deutsche Theologe und spätere Papst Benedikt XVI. war Zweit-Gutachter der Promotion des Brasilianers und half bei der Finanzierung seiner Habilitationsschrift. 1964 wurde Boff zum Priester geweiht.

Seit dem Austritt aus dem Franziskanerorden war Boff u.a. als Ethik-Professor tätig. Er lebt mit der Menschenrechtsaktivistin Marcia Miranda und deren Kindern und Enkeln zusammen. Bis heute ist der Mann mit dem weißen Vollbart aktiv: Auf seinem Blog leonardoboff.org veröffentlicht er regelmäßig Kommentare zum politischen Alltag in Brasilien, gibt Interviews und schreibt für kirchliche Zeitschriften, darunter auch das österreichische Nachrichtenmagazin "Kirche In". Ferner hat er rund 90 Bücher publiziert.

Leonardo Boff 85: Ordensfrau Zechmeister würdigt "Gründergestalt"

Brasilianischer Befreiungstheologe sei mit seiner Verbindung von Ökologie und Gerechtigkeit "aktueller denn je" und habe weiter Sprengkraft, so die aus Österreich stammende Theologin

Wien, 12.12.2023 (KAP) Als eine der großen Gründergestalten der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und Vordenker in Sachen Klimakrise hat die in El Salvador lebende und lehrende heimische Ordensfrau Martha Zechmeister den brasilianischen Theologen Leonardo Boff gewürdigt. Der Autor und ehemalige Franziskaner wird am 14. Dezember 85 Jahre alt. Boffs Theologie habe und hatte "Sprengkraft", betonte Zechmeister im Kathpress-Interview. Sei es seine Kritik an kirchlichen Hierarchien, die Forderung nach Gerechtigkeit oder sein Einsatz für soziale Bewegungen und die Umwelt, Boffs Ziel sei bis heute, die "befreiende Botschaft" der Bibel und des Glaubensbekenntnisses herauszustreichen, so Zechmeister.

Auch wenn die Befreiungstheologie fast vergessen scheine, böten Boffs Forderungen nach einem sorgsamem Umgang mit anderen und der Welt Anhaltspunkte für jüngere Öko-Bewegungen wie "Fridays for Future" oder "Die letzte Generation", meinte die Ordensfrau. Ihnen gemeinsam sei ein prophetischer Blick in die Zukunft und die Gewissheit, dass es radikale Änderungen benötige, um das Überleben der Menschheit zu sichern, konstatierte die in El Salvador lebende Theologin aus der Gemeinschaft "Congregatio Jesu", die ebenfalls in der Tradition der Befreiungstheologie steht.

Gemeinsam mit anderen Befreiungstheologen wie Gustavo Gutierrez (95), Jon Sobrino (84) und Juan Luis Segundo (1925-1996) forderte Boff ab den 1960er-Jahren eine radikale Wende im Denken der katholischen Kirche: Weg von den Bündnissen mit der herrschenden Klasse, hin zur Option für die Armen und Ausgestoßenen. "Es ging ihnen weniger um eine klassische theologische Argumentation, sondern immer um die zentrale Botschaft des Reiches Gottes, die jetzt in die Welt kommen will, damit die Welt für alle, aber besonders für die Armen, lebenswert wird und bleibt", erklärte Zechmeister, die mit Boff eine langjährige Freundschaft verbindet.

Der 1938 im südbrasilianischen Bundesstaat Santa Catarina als Sohn italienischer Einwanderer geborene Boff trat 1958 in den Franziskanerorden ein. Er studierte Theologie und Philosophie, unter anderem im belgischen Lö-

wen und in München. Boff besuchte während seiner Studienzeit in Deutschland auch Vorlesungen des damaligen Dogmatik-Professors Joseph Ratzinger; der deutsche Theologe und spätere Papst Benedikt XVI. war Zweit-Gutachter der Promotion des Brasilianers und half bei der Finanzierung seiner Habilitationsschrift. 1964 wurde Boff zum Priester geweiht.

"Kirche, Charisma und Macht"

Zum Verhängnis wurde Boff aber weniger sein Einsatz für die Armen oder in den kirchlichen Basisgemeinden Brasiliens, sondern seine Auslegung der Trinität in seinem Werk "Kirche, Charisma und Macht", erklärte Zechmeister. In dem 1981 erschienenen Buch kritisierte er hierarchische und feudalistische Kirchenstrukturen. Vielmehr sollte die Kirche Ausdruck der egalitären Beziehung der Trinität - also der Wesenseinheit Gottes in drei Personen, nämlich Vater, Sohn und Heiliger Geist - sein: Sie sollte laut Boff "die Gleichheit der Menschen in eine 'menschliche Wirklichkeit' und in der Organisation der Kirche ausdrücken", erläuterte die Theologin.

Boffs Kritik an der "Machtstruktur" der Kirche habe zum offenen Konflikt geführt, meinte Zechmeister. Ratzinger - inzwischen Kardinal und Präfekt der Römischen Glaubenskongregation - leitete 1984 ein Verfahren gegen ihn ein. Der Vorwurf: Boff leugne in "Kirche, Charisma und Macht" dogmatische Wahrheiten und verwässere die Sakramentenlehre. Zudem stand immer wieder ein Marxismusvorwurf im Raum, pflegte Boff doch Kontakte zu kommunistischen Politikern in Havanna und Moskau. In Folge wurde Boff für ein Jahr mit einem Rede- und Lehrverbot belegt, einem sogenannten "Bußschweigen".

Trotz der kirchlichen Bestrafung wandte sich Boff nicht von der Kirche ab, sondern blieb Theologe. 1992 verließ er allerdings den Franziskanerorden, wurde laisiert und nahm eine Ethik-Professur an. Seither lebt er mit der Menschenrechtsaktivistin Marcia Miranda und deren Kindern und Enkeln zusammen. Bis heute ist der Mann mit dem weißen Vollbart aktiv: Auf seinem Blog leonardoboff.org veröffentlicht er regelmäßig Kommentare zum politischen Alltag in

Brasilien, gibt Interviews und schreibt für kirchliche Zeitschriften, darunter auch das österreichische Nachrichtenmagazin "Kirche In". Ferner hat er rund 90 Bücher publiziert.

Kritik an Priesterschaft

Hand in Hand mit der Kritik an kirchlichen Hierarchien geht laut Zechmeister auch Boffs neu interpretierte Mariologie. Boff vertrete die Ansicht, "dass sich Gott nicht durch Jesus als Mann inkarniert hat, sondern durch Maria und Jesus Mensch geworden ist". Die Menschwerdung Gottes durch Mann und Frau - also nicht in Jesus allein - stelle jene infrage, die "das Mannsein Jesu bis heute als Argumentation für die rein männliche katholische Priesterschaft hernehmen", erklärte Zechmeister.

Es gehe Boff und anderen Befreiungstheologen aber weniger um eine mögliche Priesterweihe von Frauen oder europäisch-feministische Theologie, sondern "um eine echte jesuanische Geschwisterlichkeit", merkte Zechmeister an. Und weiter: "Ziel ist nicht, dass Frauen das haben, was Männer haben, um wieder die gleichen feudalen Hierarchien weiterleben zu können, sondern dem anderen gerecht zu werden", so die Ordensfrau. Immer wieder dränge der brasilianische Ethiker und Theologe zu Respekt ohne Rangordnung. Für eine Kirche, die "noch immer einem feudalen System gleicht", sei dies "natürlich eine Bedrohung".

Ökologische Theologie

Ein Vordenker sei Boff auch beim Thema Ökologie gewesen, die er als einer der Ersten mit der

Frage nach der Gerechtigkeit in Verbindung gebracht habe, sagte Zechmeister. Seine Theologie habe auf eine Überwindung einer vermeintlichen Rangordnung zwischen Mensch und Erde, aber auch zwischen Arm und Reich abgezielt. Denn: "Wenn wir die Erde zerstören, sind die ersten Betroffenen die Armen". Bis heute fordere Boff, "dass wir das Problem der Klimakrise an der Wurzel packen müssen", so die Ordensfrau. Für den reichen Norden sei dies unangenehm - "denn das Fahren eines Elektroautos oder Mülltrennung allein reicht nicht".

Im 2002 veröffentlichten Buch "Schrei der Erde - Schrei der Armen" entwickelte Boff eine "Ökotheologie", die den Menschen in enger Verbundenheit zur Welt versteht und erneut vorherrschende Hierarchien kritisiert. Auch in die Umweltenzyklika "Laudato si" (2015) von Papst Franziskus flossen einige Ideen des brasilianischen Theologen ein, der vor wenigen Wochen mit "Terra Madura" (Reife Erde) erneut ein Buch über die Grundfrage der ökologischen Theologie publizierte. In "Kirche In" (Ausgabe 12/2023) schrieb er über Verantwortungslosigkeit der Menschen und Staaten mit der "Mutter Erde".

Boffs Verknüpfung von Ökologie und Gerechtigkeit sei angesichts der vielen Naturkatastrophen "aktueller denn je", befand Zechmeister. Und weiter: "Vielleicht ist die Befreiungstheologie ja wirklich tot, aber die Frage nach Gerechtigkeit ist noch lange nicht gelöst." Von letzterer könnte gar die Zukunft der Menschheit abhängen.

Diözese Linz feiert 20 Jahre Bischof Manfred Scheuer

Gebürtiger Oberösterreicher war ab 2003 zunächst Innsbrucker Bischof, wechselte dann nach Linz - Dankgottesdienst am 17. Dezember im Mariendom - Generalvikar Lederhilger würdigt zahlreiche Verdienste des Bischofs und "Freundes der Menschen"

Linz, 12.12.2023 (KAP) Manfred Scheuer ist vor 20 Jahren zum Bischof geweiht worden. Seit bald acht Jahren ist er Bischof von Linz, seine ersten zwölf Jahre als Bischof verbrachte er in Tirol: Am 14. Dezember 2003 - damals der dritte Advent- bzw. "Gaudete"-Sonntag (lat. für "Freut euch") -, wurde der gebürtige Oberösterreicher im Innsbrucker Dom von seinem Vorgänger Alois Kothgasser zum Bischof geweiht. Ernannt hatte den damaligen Professor für Dogmatik und

Dogmengeschichte in Trier Papst Johannes Paul II. am 21. Oktober 2003. Am 18. November 2015 ernannte Papst Franziskus Scheuer zum 14. Bischof der Diözese Linz: Die Nachfolge von Ludwig Schwarz trat er am 17. Jänner 2016 bei einem Festgottesdienst im Linzer Mariendom an.

Die Diözese Linz feiert das Bischofsweihe-Jubiläum am 17. Dezember 2023 um 10 Uhr - es ist erneut der "Gaudete"-Sonntag - mit einem Dankgottesdienst im Linzer Mariendom. Mit

Scheuer zelebriert Dompfarrer Maximilian Strasser; musikalisch gestaltet wird die Messe von Domorganist Wolfgang Kreuzhuber und Sopranistin Susanne Thielemann u. a. mit Werken von Anton Heiller und Johann Sebastian Bach.

Die Aussendung der Diözese Linz am Dienstag erinnert an die Ansprache Scheuers nach dessen Bischofsweihe 2003 in Innsbruck: "Kirche lebt nicht von einem allgemeinen Kommando, sondern von Menschen, die dem Evangelium ihr Gesicht geben, von Zeugen des Lebens und des Glaubens." Als Wahlspruch für sein bischöfliches Wirken wählte Scheuer ein Zitat aus dem Johannesevangelium: "spiritus vivificat" (Der Geist macht lebendig; Joh 6,63).

"Freund der Menschen"

Der Linzer Generalvikar Severin Lederhilger, seit Scheuers Amtsantritt in Linz das "alter ego" des Bischofs, würdigte den Jubilar als "echten Freund der Menschen, für die er Verantwortung übertragen erhalten und in aller Bescheidenheit mit Durchsetzungskraft übernommen hat". Seine Amtsführung sei "gekennzeichnet durch seine Gabe der Reflexion, der klaren Analyse und der theologischen Sprache, ohne Berührungsängste vor der Weltlichkeit der Welt", so Lederhilger. Besonders hob der Generalvikar Scheuers Engagement für die Ökumene, dessen tiefe Freundschaft zum Judentum, die Aufmerksamkeit für Gesellschaftspolitik und vor allem "den Blick für die Not" hervor: "Er findet klare Worte gegenüber lähmenden Kräften und zerstörerischen Mächten, vor allem im politischen Diskurs, denn er ist überzeugt: 'Wenn Kirche so etwas wie ein Werkzeug für das Wirken Gottes ist, dann dürfen wir nicht um uns selbst kreisen'."

Ein großes Anliegen Scheuers ist laut Lederhilger auch die Einmahnung einer Erinnerungskultur in der Gesellschaft. Er erwähnte die Seligsprechungen der Glaubensmartyrer der NS-Zeit Franz Jägerstätter, Carl Lampert und Engelmar Unzeitig sowie die Erstellung des "Gedächtnisbuches Oberösterreich" im Mariendom. Ergänzt werde diese klare Positionierung durch Scheuers Bemühen um mehr "Sozialrelevanz des Glaubens", die in einem Plädoyer für die Sozialpartnerschaft und für einen konstruktiven Dialog im System der sozialen Marktwirtschaft ihren Ausdruck finde.

Die Offenheit des Bischofs für kirchliche Neugestaltungen habe sich in Innsbruck unter dem Programmwort "Aufbrüche" zum 50-Jahr-Jubiläum der Diözese Innsbruck 2013/14 ebenso wie in den letzten Jahren beim Zukunftsweg der Diözese Linz gezeigt, wies Lederhilger weiter hin. Dabei gehe es Scheuer nicht bloß um strukturelle Reformen, "sondern um möglichst zukunftsfähige Rahmenbedingungen, um den Glauben in der Welt von heute zu leben und weitergeben zu können, weshalb es ihm so wichtig ist, Kirche weit und tief zu denken".

Lebenslauf von Bischof Scheuer

Manfred Scheuer wurde am 10. August 1955 in Haibach ob der Donau in Oberösterreich geboren. Nach der Matura 1974 am Bischöflichen Gymnasium Petrinum Linz studierte er an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Linz Theologie und trat in das Priesterseminar ein. Von 1976 bis 1981 setzte er seine Studien an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom fort und schloss diese mit dem Lizentiat ab. Am 10. Oktober 1980 wurde Manfred Scheuer in Rom zum Priester geweiht.

Anschließend wirkte er bis 1985 als Seelsorger in der Diözese Linz (Steyr-Tabor, St. Georgen an der Gusen). Von 1985 bis 1988 war Scheuer Assistent bei Prof. Gisbert Greshake am Institut für Dogmatik und Ökumene in Freiburg (Deutschland). Dort vollendete er im Jahr 1988 seine Dissertation.

Von 1988 bis 1996 war Manfred Scheuer Spiritual im Priesterseminar der Diözese Linz. In diese Zeit fällt auch seine Lehrtätigkeit an der Katholisch-Theologischen Hochschule in Linz.

1997 kehrte Scheuer zunächst an die Universität Freiburg im Breisgau zurück, war dort Studentenseelsorger und habilitierte sich im Februar 1999. Bis 2000 lehrte er u.a. in Freiburg, Salzburg und St. Pölten. Von 2000 bis 2003 war Manfred Scheuer Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Theologischen Fakultät Trier, bevor ihn der päpstliche Ruf ins Bischofsamt erreichte.

Stellvertretender Bischofskonferenz-Vorsitzender

In der Österreichischen Bischofskonferenz ist Bischof Scheuer seit 2020 Stellvertreter des Vorsitzenden, Erzbischof Franz Lackner; inhaltlich ist er derzeit für die Ökumene und die Kontakte zum Judentum verantwortlich. Er ist Mitglied der Glaubenskommission und der Finanzkom-

mission der Bischofskonferenz sowie für das Mauthausen Komitee, den Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus, die Missionsver-

kehrsarbeitsgemeinschaft/MIVA und das Studentenförderungswerk "Pro Scientia" zuständig.

Theologin Csiszar: Ziel der Synode ist "neue Kultur von Kirche"

Synodenteilnehmerin und Linzer Dekanin: Gelebte Synodalität erfordert Abkehr von traditionellen Mustern und "Direktiven aus der Zentrale" - Gemeinschaftlicher Prozess muss Ortskirchen einbinden

Linz, 12.12.2023 (KAP) Für die Linzer Pastoraltheologin Klara A. Csiszar muss das Ziel des weltweiten Synodalen Prozesses, der im kommenden Herbst in Rom endet, eine "neue Kultur von Kirche sein". Bei diesem Prozess stehe allerdings "weltkirchlich erst am Anfang", wies die Dekanin der Katholischen Privat-Universität (KU) Linz laut einer Aussendung vom Dienstag bei einem Vortrag hin. Csiszar hatte vom 4. bis 29. Oktober als theologische Expertin an der ersten Sitzung der Weltbischofssynode in Rom teilgenommen.

Es gelte nun, "in aller Deutlichkeit" kirchenintern wie gesellschaftlich zu kommunizieren, dass gelebte Synodalität eine Abkehr von traditionellen Mustern und Paradigmen bedeute, zeigte sich die Theologin überzeugt. Vorausblickend auf den Abschlussbericht im kommenden Herbst, müsse allen am Prozess Beteiligten klar sein, dass keine finalen Entscheidungen oder strikte Direktiven "aus der Zentrale" zu erwarten seien. "Genau das wird und kann beim synodalen Prozess nicht herauskommen." Die Erwartung von "Entscheidungen in Rom und aus Rom" sei dem Prinzip der Synodalität entgegengesetzt. Selbst der organisatorische Prozess der Weltsynode werde nicht aus Rom vorgegeben oder gar diktiert, sondern entwickle und finde sich im Vollzug gemeinschaftlich, immer in der Rückbindung an die Ortskirchen.

So gehe es um ein "ernst genommenes und (neu) gelebtes kirchliches Organisationsprinzip, nämlich: Synodalität als Selbstverständnis der Kirche". Konkrete inhaltliche Themen gelte freilich ebenso in Angriff nehmen zu können - etwa die Frage nach der Rolle der Kirche in einer "taumelnden Welt", globale Gerechtigkeit, die Frauenfrage, die massive Stärkung des Laienelements in Entscheidungsprozessen oder die Kopplung von Hierarchie und Rechenschaftspflicht im Sinne einer missionarisch ausgerichteten Kirche. Es sei, betonte Csiszar, diese

doppelte Aufgabe von Form und Inhalt, an der sich die Zukunft der Kirche entscheide: Um sich den Zukunftsthemen stellen zu können, bedürfe es einer neuen Form, einer "neuen Kultur von Kirche-Sein".

Csiszar unterstrich hierbei auch den "ganz entscheidenden Beitrag von Leuten, die schlicht wüssten, wovon sie reden, weil sie im Zentrum des Lebens, manchmal im wahrsten Sinne des Wortes an der Frontlinie stehen". Die Theologin nannte als Beispiele etwa Menschen, die seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern arbeiten, als Seenotretter im Mittelmeer oder als Helfer in Kriegsgebieten. "Diese Stimmen müssten in Zukunft noch stärker gemacht werden", zeigte sie sich überzeugt.

In den Teilnehmerinnen und Teilnehmern "aus allen Regionen und Sphären der Weltkirche" sei eine sehr heterogene, weitgespannte und offene Kirche sichtbar geworden, so Csiszar. Neben der kontroversen Frage, was unter "Synodalität" zu verstehen und wie diese strukturell in der Kirche zu verankern sei, habe die Synodensitzung greifbar gemacht, dass es global gesehen eine mindestens ebenso große Diskussion darüber gebe, wie "Kirche" zu verstehen sei.

Deutlich sei auch geworden, wie unterschiedlich die konkreten Probleme und Fragestellungen seien, denen man sich in den Ortskirchen zu stellen habe.

Angesichts dieser kircheninternen Heterogenität seien ihr gerade das Zusammenfinden, das Miteinander-Reden und der offene Austausch in Erinnerung geblieben. Es hätten sich alle Teilnehmenden mit ihren spezifischen Positionen gehört gefühlt, zeigte sich Csiszar überzeugt. So seien auch, entgegen der anfänglichen Befürchtung, die Materien der Synoden-Synthese, am Ende vollumfänglich von allen mitgetragen worden.

Ostumfahrung Wr. Neustadt: KA Wien zieht Parallele zu Hainburg

Geforderte "Nachdenkpause" soll wie bei Protest in den Donauauen 1984 zu Umdenken führen

Wien, 12.12.2023 (KAP) Nach einem Lokalaugenschein beim Protestcamp gegen die umstrittene Ostumfahrung Wiener Neustadt durch Vertreter der Katholischen Aktion (KA) Wien hat die kirchliche Laienorganisation eine Parallele zum Widerstand gegen die Verbauung der Donau im Dezember 1984 gezogen: "Genauso wie vor 39 Jahren in Hainburg stellen sich Umweltschützer:innen trotz Kälte und Schnee schützend in die Au", so der Wiener KA-Präsident Reinhard Bödenauer in der aktuellen Ausgabe der Kirchenzeitung "Der Sonntag".

KA-Generalsekretär Christoph Watz und Josef Worm von der Katholischen Männerbewegung Wiener Neustadt hatten davor das Protestcamp zum Schutz der Fische-Au in Lichtenwörth bei Wiener Neustadt besucht, wo junge Umweltaktivisten ein Baumhaus errichteten, um eine drohende Rodung zu verhindern. Diese "stellen sich schon auf mehrere kalte Monate im Baum-

haus ein", für die KA Wien "ein weithin sichtbares Symbol gegen das vom Land Niederösterreich geplante und von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnte Straßenbauprojekt".

Bödenauer forderte eine "ökologische Umkehr" und kritisierte, dass Niederösterreich bereits ein Enteignungsverfahren startete. "In diesem Gebiet mit sehr fruchtbaren Böden wehren sich neun Landwirte gegen die Versiegelung und wollen ihr Land nicht verkaufen. Ich bin fassungslos, dass Landwirtschaftspolitiker ihre Bauern hier im Regen stehen lassen." Eine Nachdenkpause, die damals in Hainburg zu einem Umdenken führte, wäre laut der Katholischen Aktion gerade jetzt vor Weihnachten dringend angesagt.

Die KA Wien ist Teil einer Allianz gegen die Ostumfahrung bei Wiener Neustadt und engagiert sich bereits seit eineinhalb Jahren gegen das Bauprojekt.

Salesianer backen seit 130 Jahren in Betlehem Brot für Bedürftige

Bethlehem, 12.12.2023 (KAP) Die Salesianer Don Boscos betreiben seit über 130 Jahren eine Bäckerei in Bethlehem und versorgen damit bedürftige Menschen in der Geburtsstadt Jesu. Die von Ordensbrüdern 1891 gegründete Bäckerei sei seither eine "überlebenswichtige Anlaufstelle", teilte die Don Bosco Mission Austria am Dienstag mit. Sie versorge täglich rund 150 arme Familien sowie Sozialeinrichtungen, wie Waisenhäuser, Behindertenheime, mit kostenlosem Brot.

Die Bäckerei ist auch ein wichtiger Lehrbetrieb für Jugendliche. In einer Region, in der es aufgrund eingeschränkter Mobilität für junge Menschen "alles andere als einfach ist, Arbeit zu finden, bietet die Bäckerei eine Möglichkeit zur Ausbildung und schafft Perspektiven für die Jugendlichen", erklärte Salesianerpater Lorenzo Saggiotto. In besonders schwierigen Zeiten, wie während der Intifada oder der Coronapandemie, sei die Bäckerei immer geöffnet gewesen, so der Ordensmann. "Sie hat nicht nur den ärmsten Familien Brot gegeben, sondern auch Einrich-

tungen, wie den Verein 'Gemeinsam für das Leben', der sich für Menschen mit Behinderungen einsetzt."

Die Preise für Weizen sind aufgrund aktueller globaler Krisen stark gestiegen, und auch der bewaffnete Konflikt in Gaza verschärft die Not der Menschen in der Region. Für viele ist selbst das Brot nicht mehr leistbar - ein Grundnahrungsmittel, das für das tägliche Überleben unerlässlich ist. Die Salesianer Don Boscos bitten daher um Hilfe, damit die Bäckerei weiterhin die Bedürftigen mit Brot versorgen kann.

Die Don Bosco Mission Austria ist Teil der katholischen Ordensgemeinschaft der Salesianer Don Boscos in Österreich. Sie unterstützt Hilfsprojekte zur Bekämpfung von Armut und Not, insbesondere für benachteiligte Jugendliche und Straßenkinder. Des Weiteren fördert die Einrichtung Sozialprogramme, Jugendzentren, Schulen und Berufsausbildungszentren. (Spendenkonto Don Bosco Mission Austria: IBAN AT33 6000 0000 9001 3423, Kennwort: Brot für Bethlehem, oder online: www.donboscomissionaustria.at)

V A T I K A N & R O M

Nächste Schritte für katholische Weltsynode bekanntgegeben

Ortskirchen sollen erneut über Wege und Instrumente einer synodaleren Kirche und konkrete Formen missionarischen Engagements beraten - Eigene vom Synodensekretariat in Rom koordinierte weltkirchliche Arbeitsgruppen zu Themen wie Diakonat der Frau

Vatikanstadt, 12.12.2023 (KAP) Das Generalsekretariat der Synode in Rom hat die nächsten Schritte im weltweiten Synodalen Prozess der katholischen Kirche bekannt gegeben. Vor der zweiten Versammlung der Weltsynode im Oktober 2024 im Vatikan sind demnach bis zum Frühjahr wieder die Ortskirchen am Zug. Auf Basis des Syntheseberichts der ersten Synodenversammlung sollen sie erneut über Wege und Instrumente einer synodaleren Kirche und konkrete Formen missionarischen Engagements beraten, heißt es in einem aktuellen Schreiben an Bischöfe weltweit. Die Ortskirchen sollen zudem jene Forderungen aus dem Synthesebericht sammeln, "die mit ihrer Situation am meisten übereinstimmen". Aus bis Mitte Mai von den Bischofskonferenzen erstellten Zusammenfassungen wird dann das Arbeitspapier für die zweite Synodenversammlung erstellt.

Zudem wird es parallel einen gesonderten Beratungsprozess zu theologischen und kirchenrechtlichen Grundsatzfragen geben. Einige der im bisherigen Synodenprozess aufgebrachte Themen, darunter Vorüberlegungen zur Reform des Kirchenrechts, der Priesterausbildung, der Stellung der Ordensleute sowie des Zugangs von Frauen zum Diakonat, sollen dabei in eigenen Expertengruppen beraten werden. "Es handelt sich um Fragen von großer Tragweite, von denen einige auf der Ebene der gesamten Kirche in Zusammenarbeit mit der Römischen Kurie behandelt werden müssen", hieß es in dem Schreiben des Synodensekretariats.

Diese Fragestellungen sollen in den kommenden Wochen dem Papst vorgelegt werden, der entscheidet, welche davon weiter zu verfolgen sind. "Zu den von ihm genannten Themen werden Expertengruppen aus allen Kontinenten einberufen, die unter Einbeziehung der zuständigen Dikasterien der Römischen Kurie in einer vom Generalsekretariat der Synode koordinierten kirchlichen Dynamik synodal arbeiten werden", so die Synodenverantwortlichen. Ein Fortschrittsbericht über diese Arbeit soll ebenfalls

der Synodalversammlung im Oktober 2024 zur Beratung vorgelegt werden.

Die vier am Dienstag vom Vatikan veröffentlichten Seiten mit dem vom Synodenrat beschlossenen weiteren Plan für den weltweiten Prozess erhielten die Bischöfe zusammen mit einem einleitenden Schreiben der für die Organisation der Weltsynode zentral mitverantwortlichen Kardinäle Mario Grech und Jean-Claude Hollerich. Auch wenn der Zeitrahmen für die Arbeiten eng bemessen sei, gelte es, "den Weg mit Entschlossenheit wieder aufzunehmen", betonen die beiden Kardinäle.

Synodal und missionarisch sein

"Wie können wir eine synodale und missionarische Kirche sein?": Das halten die Leitlinien als grundlegende Frage zur Fortsetzung des Prozesses und den weiteren Beratungen auf Ebene der Diözesen fest. Ziel sei es, Wege und Instrumente zu identifizieren, die zu beschreiten sind, um "die Originalität eines jeden Getauften und einer jeden Kirche in der einzigartigen Mission der Verkündigung des auferstandenen Herrn und seines Evangeliums in der heutigen Welt zu stärken". Es gehe also nicht darum, sich auf verfahrenstechnische Verbesserungen zu beschränken, die die Strukturen der Kirche effizienter machen, heißt es in dem Schreiben, "sondern an den konkreten Formen des missionarischen Engagements zu arbeiten, zu dem wir berufen sind, in der einer synodalen Kirche eigenen Dynamik zwischen Einheit und Vielfalt".

Die Leitfrage soll auf zwei Ebenen behandelt werden. Erstens: "Wie kann auf der Ebene der Ortskirchen die differenzierte Mitverantwortung aller Glieder des Volkes Gottes für die Sendung gestärkt werden? Welche Beziehungsformen, Strukturen, Unterscheidungs- und Entscheidungsprozesse in Bezug auf die Sendung ermöglichen es, diese zu erkennen, zu gestalten und zu fördern? Welche Ämter und Mitwirkungsgremien können erneuert oder eingeführt werden, um diese Mitverantwortung bes-

ser zum Ausdruck zu bringen?" Zweitens weisen die Leitlinien auf die Ebene der Beziehungen zwischen den Kirchen bzw. zum "Bischof von Rom", also dem Papst. Es stelle sich die Frage, wie diese Beziehungen "kreativ gestaltet werden können, um ein dynamisches Gleichgewicht zwischen der Dimension der Kirche als Ganzes und ihrer lokalen Verankerung zu finden".

Nicht von vorne anfangen

Über die Art und Weise der neuerlichen Konsultationen können die Ortskirchen selbst entscheiden. In dem Text heißt es, sie sollten "die geeignetsten Initiativen fördern, um das ganze Volk Gottes einzubeziehen (Bildungsaktivitäten, theologische Vertiefungen, Feiern in einem synodalen Stil, Konsultationen an der Basis, Anhörung von Minderheiten und Gruppen, die in Armut und sozialer Marginalität leben, Räume, in denen kontroverse Themen behandelt werden können, usw.)".

Ausdrücklich halten die Leitlinien aber fest, dass es nicht darum gehe, "bei Null anzufangen oder den Prozess des Zuhörens und der Konsultation zu wiederholen, der die erste Phase kennzeichnete". In der nun anstehenden Phase sei es vielmehr wichtig, "zusätzlich zu den partizipativen Gremien auf Diözesanebene und dem bereits eingerichteten Synodaleam Personen und Gruppen einzubeziehen, die eine Vielfalt von Erfahrungen, Fähigkeiten, Charismen und Diensten innerhalb des Volkes Gottes zum Ausdruck bringen und deren Sichtweise bei der Konzentration auf das Wie besonders hilfreich ist". In diesem Zusammenhang werden unter anderem Theologen, Kirchenrechtler, aber Experten aus den Human- und Sozialwissenschaften zur Mitarbeit eingeladen.

Grundsätzlich ist jede Ortskirche aufgefordert, halten die Leitlinien fest, "sich auf die Aspekte zu konzentrieren, die es ihr ermöglichen, im Lichte ihrer eigenen Situation, ihres Charakters und ihrer Erfahrungen einen Beitrag zu leisten, indem sie bewährte Verfahren weitergibt, die sichtbare und konkrete Zeichen der Synodalität darstellen". Dem jeweiligen Diözesanbischof schreibt das Dokument eine "unersetzliche Rolle als Impulsgeber" zu: Es sei seine Aufgabe, die weitere Konsultation in seiner Diö-

zese zu eröffnen und zu begleiten und dann ihre Ergebnisse zu bestätigen.

Berichte an Rom bis Mitte Mai

Die jeweiligen Bischofskonferenzen haben im Anschluss die Aufgabe, eine Zusammenfassung von maximal acht Seiten zu erstellen, die bis zum 15. Mai 2024 an das Generalsekretariat der Synode zu schicken ist. Auf Grundlage des so gesammelten Materials soll dann das neue Arbeitspapier ("Instrumentum laboris") für die zweite Versammlung der Weltsynode entworfen werden.

Erfahrungsberichte zu "synodaler Dynamik"

Auf freiwilliger Basis kann jede Ortskirche der Bischofskonferenz ebenfalls bis Mai "ein kurzes Zeugnis über die geleistete Arbeit und die gemachten Erfahrungen (maximal zwei Seiten) übermitteln und eine bewährte Praxis mitteilen, die sie für wichtig hält, um eine missionarische synodale Dynamik zu entwickeln", halten die Leitlinien zudem fest. Daran sollen sich auch Orden, geistliche Gemeinschaften und Laienvereinigungen aktiv beteiligen. Diese Zeugnisse sollen dann direkt im Wortlaut an das Generalsekretariat der Synode gesendet werden und in Arbeit der Weltsynode einfließen.

Mehrstufige Weltsynode

Die mehrstufige Weltsynode der katholischen Kirche hatte Papst Franziskus vor zwei Jahren auf den Weg gebracht. Ihr offizieller Titel lautet "Synodalität - Gemeinschaft, Teilhabe, Sendung". Franziskus geht es insbesondere auch um das Einüben eines anderen Umgangsstils in der Kirche. Zuhören und aufeinander hören: auf diese Weise soll die Kirche besser erkennen, welchen Herausforderungen sie sich wie stellen muss. Mehrfach hat er betont, dass die Synode ein geistlicher Prozess sein müsse. Die zweite und abschließende Generalversammlung der Bischofssynode soll im Oktober 2024 im Vatikan stattfinden.

(Schreiben des Synodensekretariats abrufbar u.a. in italienischer und englischer Sprache unter www.synod.va; Direktlink: <https://www.synod.va/en/news/how-to-be-a-synodal-church-in-mission.html>)

Vatikan: Katholiken dürfen Asche von Toten nicht verstreuen

Glaubenspräfekt Kardinal Fernandez bekräftigt bestehendes Verbot in Antwort auf Anfrage aus italienischer Kirche

Vatikanstadt/Rom, 12.12.2023 (KAP) Katholische Christen dürfen die Asche ihrer Verstorbenen nicht in der Natur verstreuen. Der Präfekt des Glaubensdikasteriums, Kardinal Victor Fernandez, bestätigte das Verbot in einem Dokument vom 9. Dezember, das am Dienstag veröffentlicht wurde. Darin geht er auf eine kirchliche Regelung aus dem Jahr 2016 ein, die das Beisetzen von Asche auf Friedhöfen vorsieht. Diese behalte ihre Gültigkeit.

Dem Schreiben zufolge dürfen Angehörige allerdings einen kleinen Teil der Asche erhalten, um sie an einem für die Geschichte des Verstorbenen bedeutsamen Ort aufzubewahren. Hier sind bestimmte Voraussetzungen nötig: So müsse der Hauptteil auf einem Friedhof verwahrt sein, es dürfe keine "pantheistischen, naturalistischen oder nihilistischen Missverständnisse" geben und staatliche Gesetze seien zu beachten.

In Österreich ist das Verstreuen von Asche Verstorbenen in der freien Natur gesetzlich nicht erlaubt. Wer verstorbene Angehörige abseits von Friedhöfen beisetzen will, hat in Österreich die Möglichkeit, die Urne auf dem eigenen Grundstück beizusetzen. In den Bundesländern ist das aber nicht einheitlich geregelt.

Haltung des "heiligen Respekts"

Glaubenspräfekt Fernandez bejaht in seinem Schreiben auch die Möglichkeit eines "heiligen, definierten und dauerhaften" Ortes, an dem die Asche mehrerer Verstorbenen gemischt aufbewahrt wird. Die persönlichen Daten jedes Einzelnen müssten hier jedoch angegeben werden, um die Erinnerung nicht zu zerstören.

Der Kardinal erklärte, die Auferstehung des Leibes im christlichen Sinne sei nicht als "eine einfache Wiederbelebung des Leichnams" zu verstehen. Auferstehung könne auch dann stattfinden, wenn der Körper völlig zerstört oder zerstreut wurde. Insgesamt sei eine Haltung des "heiligen Respekts" gegenüber der Asche notwendig. Sie besteht aus materiellen Überresten des Verstorbenen und sei somit Teil der historischen Reise der Person.

Mit dem Schreiben antwortet der Präfekt auf eine Anfrage des Erzbischofs von Bologna, Kardinal Matteo Zuppi, der auch Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz ist. Auslöser war die wachsende Zahl an Einäscherungen in seiner Erzdiözese und der Wunsch der Angehörigen, die Asche in der Natur zu verstreuen. Hier ergäben sich verschiedene Probleme, auf die es eine christliche Antwort brauche, erklärte Zuppi.

A U S L A N D

Moskauer Patriarch ruft zu Gebeten für Russland und Putin auf

Russisch-orthodoxes Kirchenoberhaupt Kyrill I. fordert bei Gottesdienst: Militärische und politische Kraft "mit der Kraft Gottes vereinen"

Moskau, 12.12.2023 (KAP/KNA) Der orthodoxe Moskauer Patriarch Kyrill I. zählt Russland zu den nur fünf freien Ländern auf der ganzen Welt. Man müsse Gott dafür danken, "dass wir in einem wirklich freien Land leben", sagte das Kirchenoberhaupt laut Fachdienst "Ökumenische Information" der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am 10. Dezember bei einem Gottesdienst in Moskau. "Ich habe nur fünf solcher Länder gezählt, vielleicht ein paar mehr,

alle anderen sind nicht wirklich frei." Welche anderen Staaten frei seien, sagte Kyrill I. nicht.

Direkt nach diesen Worten rief der russisch-orthodoxe Patriarch demnach zu Gebeten für das Vaterland, Wladimir Putin und die Soldaten auf. Putin nannte er "einen orthodoxen Mann, der sich der enormen Verantwortung bewusst ist, die ihm von oben anvertraut wird".

Den Gottesdienst feierte der Patriarch in der neu restaurierten Kirche des russischen Innenministeriums. Dabei überreichte er Innen-

minister Wladimir Kolokolzew eine kirchliche Auszeichnung und eine Ikone des Heiligen Sergius von Radonesch (1314-1392). Vor der Ikone "des Verteidigers unseres Landes" sollten die Mitarbeiter des Innenministeriums in der Kirche beten, damit sie Russland würdig verteidigen, so Kyrill I. Er dankte jenen, "die das Land nicht nur vor äußeren Feinden schützen, sondern auch vor allen Unruhen, Verbrechen und allem, was zu Bürgerkriegen führen könnte".

Das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt unterstrich auch die Bedeutung der Religion: "Wenn wir unsere Arbeit mit inbrünstigem Gebet und aufrichtigem Glauben verbinden, dann erringen wir sowohl auf dem Schlachtfeld

als auch bei der Gestaltung unseres Innenlebens Siege. Und obwohl sich viele gegen uns auflehnen, (...) glauben wir, dass der Feind nicht siegen wird, solange wir unsere menschliche Kraft - militärisch, politisch - mit der Kraft Gottes vereinen."

Gott möge die russischen Sicherheitskräfte bei der "Verteidigung des Vaterlandes an der wichtigsten Grenze beschützen: an der inneren Grenze, wo, wie wir aus der Geschichte wissen, am häufigsten Unheil geschieht, gefolgt von Ereignissen, die unser gesamtes nationales Leben erschüttert haben". Mit diesen Worten hieß Kyrill I. offenbar auch den Kampf gegen die Opposition in Russland gut.

Theologin Knop: Vatikan widerspricht sich bei Frauenpriestertum

Deutsche Theologieprofessorin kritisiert, dass Geschlechterfragen innerhalb der Kirche "nicht als Sach-, sondern als Machtfragen behandelt werden"

Bonn, 12.12.2023 (KAP/KNA) Hat der Vatikan wirklich nicht die Macht, das kirchliche Lehramt zu ändern und Frauen zum Priestertum zuzulassen? Die deutsche Theologin Julia Knop sieht einen Widerspruch in der Argumentation: "Wer souverän definiert, was er kraft Amtes darf und was nicht, muss sich fragen lassen, ob er wirklich nicht darf - oder ob er nicht will", erklärt die Erfurter Theologieprofessorin in einem Gastbeitrag für das Portal "katholisch.de" (Dienstag).

Knop reagiert damit auf jüngste Äußerungen von Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin zum Wesen des Priestertums. Darin hatte Parolin die Ehelosigkeit und Keuschheit für Priester sowie den Ausschluss von Frauen vom Priesteramt erneut als "nicht verhandelbar" betont. "Niemand hat die Macht, das Wesen des Priestertums zu ändern, und niemand wird es jemals ändern", so der Kardinalstaatssekretär.

Laut Knop offenbart Parolin damit, dass Geschlechterfragen innerhalb der Kirche "nicht als Sach-, sondern als Machtfragen behandelt werden". "Diese im Gestus der Ohnmacht vorgebrachte Position, keine Vollmacht zu haben, Frauen zu weihen, überdeckt sehr effektiv den

Anspruch, die Reichweite der eigenen Vollmacht selbst zu bestimmen."

"Geschlechtergerechtigkeit ist keine Gnade"

Dabei zeige ein Blick in die Kirchengeschichte, dass Päpste und Konzile sehr wohl Änderungen und Vereinheitlichungen von Tradition und Lehre vorgenommen hatten. So habe auch das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) den Priester viel stärker im Gemeindeleben und weniger als sakrale Person verankert. "Dass dieser Paradigmenwechsel in der Nachkonzilszeit weder im Kirchenrecht noch in der Liturgie noch in kirchlich gewünschter Priesterspiritualität angemessen Niederschlag gefunden hat, ist Teil des Problems, nicht der Lösung, aber kein Beleg für ein unveränderbares Priestertum", so die Theologin.

Hoffnung setze sie darin, dass das Thema auf der Weltsynode wieder verhandelt werden könne, erklärt Knop. "Denn Geschlechtergerechtigkeit ist keine Gnade, die Männer Frauen gewähren könnten. Sie ist ein Anspruch, den man im 21. Jahrhundert nicht unterbieten oder zur Disposition stellen darf. Auch nicht aus religiösen Gründen."

Bischof Bätzing: Kirche tritt für jüdische Gemeinden ein

Deutscher Bischofskonferenz-Vorsitzender besucht zum Chanukka-Fest die jüdische Gemeinde in Frankfurt

Frankfurt/Bonn, 12.12.2023 (KAP/KNA) Die katholische Kirche in Deutschland sieht nach Worten des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, fest an der Seite der Juden. Es sei ihm ein Anliegen, den jüdischen Gemeinden zu versichern, "dass die katholische Kirche auch weiterhin für die Freiheit, Sicherheit und Förderung jüdischen Lebens in Deutschland eintreten wird", erklärte Bätzing bei einem Besuch in der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt anlässlich des Chanukka-Festes. Die Stadt liegt in der Diözese Limburg, der Bätzing als Bischof vorsteht.

"Es ist eine Schande für unsere Gesellschaft, dass Jüdinnen und Juden nicht die Sicherheit und Freiheit genießen können, die für alle Menschen in einer Demokratie selbstverständlich sein sollten", sagte der Bischof mit Blick auf die antisemitischen Proteste und Angriffe, die in den vergangenen Wochen vermehrt in Deutschland stattgefunden hatten.

Gleichzeitig mahnte Bätzing, dass das Wort "Frieden auf Erden" eine Verpflichtung für alle Religionen sei. Er drückte auch sein Mitgefühl mit allen Menschen im Heiligen Land aus, die unter der aktuellen Gewalteskalation leiden: "Ich hoffe von ganzem Herzen, dass alle Geiseln, die noch von der Hamas festgehalten werden, so bald wie möglich befreit werden. Auch hoffe ich,

dass die Zivilisten in Gaza nicht noch mehr leiden müssen, von denen viele alles verloren haben."

Bätzings Besuch fand am Montag statt. Der Bischof äußerte sich aus Anlass des jüdischen Festes Chanukka. Es erinnert an die Wiedereinweihung des zweiten Tempels in Jerusalem im Jahr 164 vor Christus und an die Befreiung Israels von der Unterdrückung durch die Seleukiden. Das Fest wird jedes Jahr acht Tage lang gefeiert; in diesem Jahr vom 7. bis zum 15. Dezember. An jedem Abend wird eine weitere Kerze am achtarmigen Chanukkaleuchter entzündet, daher wird es auch Lichterfest genannt.

Die beiden Gemeinderabbiner Avichai Apel und Julian-Chaim Soussan dankten Bätzing für seinen Besuch und die ausgesprochene Solidarität. Gleichzeitig rief der Gemeindevorstand zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt auf. "Die terrorverherrlichenden und antisemitischen Demonstrationen, die sich auch klar gegen jüdisches Leben hierzulande richteten, haben eine neue, erschreckende Dimension angenommen, der wir uns gesamtgesellschaftlich entgegenstellen müssen. Zu laut ist aber immer noch das Schweigen großer Teile der Gesellschaft angesichts dieses Umstandes, gerade im Bildungsbereich."

Tschechischer Weihbischof Kajnek emeritiert

Papst nimmt altersbedingten Rücktritt des Weihbischofs in der Diözese Königgrätz an

Prag/Vatikanstadt, 12.12.2023 (KAP) Papst Franziskus hat den altersbedingten Rücktritt des tschechischen Weihbischofs Josef Kajnek (74) aus der Diözese Hradec Kralove (Königgrätz) angenommen. Das teilten der Vatikan und die ostböhmische Diözese am Dienstag mit. Dem Kirchenrecht entsprechend hatte Kajnek mit der nahenden Vollendung des 75. Lebensjahres sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Dem entsprach der Papst nun - und zwar exakt am 31. Jahrestag der Bischofsweihe Kajneks im Dom von Königgrätz 1992.

Nach der politischen Wende in der damaligen Tschechoslowakei hatte Kajnek bis 1998 als Generalvikar der Diözese Hradec Kralove gewirkt, bevor er auf eigenen Wunsch in die Gemeindegeseelsorge in mehreren Pfarren zurückkehrte. Parallel dazu war er seither auch Bischofsvikar für geistliche Berufungen und in der Tschechischen Bischofskonferenz mit der Betreuung von Gefängnisseelsorgern betraut.

Zwischen 2010 und 2011 leitete Weihbischof Kajnek die Diözese Königgrätz übergangsweise als Diözesanadministrator. Seit 2011 amtiert Jan Vokal (65) als Bischof von Hradec

Kralove. In der Diözese leben rund 450.000 Katholikinnen und Katholiken.

Für Aufmerksamkeit auch in Österreich sorgte Kajnek unter anderem 2004 mit seiner Teilnahme an der "Wallfahrt der Völker" beim

Mitteuropäischen Katholikentag: In den steirischen Wallfahrtsort Mariazell reiste der Weihbischof damals mit einer Pilgergruppe per Fahrrad an.

Ghanas Bischöfe stützen Gesetz gegen Homosexualität

Parlament in Accra soll demnächst über Vorlage abstimmen

Accra, 12.12.2023 (KAP/KNA) Die katholische Bischofskonferenz von Ghana hat in einem neuen Schreiben ihre Unterstützung für einen Gesetzentwurf gegen Homosexualität bekräftigt. Das Gesetz zur "Förderung der angemessenen sexuellen Menschenrechte und der ghanaischen Familienwerte" stärke die Familie und verbiete homosexuelle Handlungen, so die Bischöfe laut ghanaischen Tageszeitungen (Dienstag). Das Parlament soll demnächst über die Vorlage abstimmen.

Homosexuelle dürften nicht wie Kriminelle behandelt werden, betonen die Bischöfe. Sie genossen alle grundlegenden Menschenrech-

te. Homosexuelle Handlungen aber dürften auf keinen Fall gebilligt werden. Nach dem Verständnis der Kirche gebe es auch kein Recht auf eine gleichgeschlechtliche Ehe.

Zuletzt haben mehrere Staaten Afrikas ihre Gesetze zu Homosexualität verschärft. In Uganda drohen seit Ende Mai bis zu 14 Jahren Haft. In Kenia wird über eine Vorlage debattiert, die bis zu 50 Jahre Haft für nicht einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Verkehr vorsieht. Menschenrechtsorganisationen kritisieren diese Entwicklung. Kritik kommt auch aus Südafrika, wo gleichgeschlechtliche Paare heiraten und Kinder adoptieren dürfen.

USA: Oberstes Gericht in Texas stoppt Abtreibung

Fall sorgt landesweit für Aufsehen

Washington, 12.12.2023 (KAP/KNA) Das oberste Gericht im US-Bundesstaat Texas hat die von der Vorinstanz genehmigte Abtreibung eines Fötus mit dem Gen-Defekt Trisomie 18 vorerst gestoppt. Wie lokale Medien (Montag Ortszeit) berichteten, hat die betroffene Frau Texas inzwischen verlassen, um den Eingriff anderswo vorzunehmen.

Ihre Anwälte argumentieren, dass die 31-Jährige ihre eigene Gesundheit gefährde, wenn sie das Baby zur Welt bringe. Wegen der schweren Chromosomenstörung hätten Ärzte dem Kind überdies nur eine geringe Überlebenschance attestiert. Ein Gericht in Austin hatte der Frau wegen dieser Sachlage eine Genehmigung für einen Schwangerschaftsabbruch erteilt - trotz des in Texas geltenden strikten Verbots.

Der texanische Supreme Court setzte diese Entscheidung nun aus. Generalstaatsan-

walt Ken Paxton hatte bemängelt, dass die werdende Mutter nicht ausreichend dargelegt habe, dass ihre Situation eine Ausnahme im Sinne der Abtreibungsgesetze des Staates rechtfertige. In Texas sind Schwangerschaftsabbrüche weitgehend verboten - außer wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist.

Der Fall sorgt in den USA landesweit für Aufsehen. Das oberste US-Gericht hatte im Juni 2022 geurteilt, dass aus der Verfassung kein landesweit gültiges Recht auf Abtreibung abgeleitet werden könne; das fast 50 Jahre gültige Grundsatzurteil "Roe v. Wade", das zu einer weitgehenden Freigabe von Abtreibungen geführt hatte, wurde aufgehoben. Die Zuständigkeit für die entsprechenden Gesetze liegt seither wieder bei den einzelnen Bundesstaaten.

Führungswechsel an Jesuiten-Uni in El Salvador

Rektor Oliva reicht Rücktritt ein und verweist auf persönliche Gründe für seine Entscheidung - 66-jähriger Jesuit ist ein Kritiker von Staatspräsident Bukele

San Salvador, 12.12.2023 (KAP/KNA) Der Jesuit Andreu Oliva (66), Rektor der Zentralamerikanischen Universität (UCA) in San Salvador, hat nach 13 Jahren an der Spitze der Hochschule seinen Rücktritt eingereicht. Laut lokalen Medienberichten nannte er persönliche Gründe für seine Entscheidung, ohne näher darauf einzugehen.

Oliva ist ein Kritiker von Präsident Nayib Bukele, der mit Hilfe eines seit über einem Jahr andauernden Ausnahmezustands Zehntausende mutmaßliche Bandenmitglieder der gefürchteten Mara-Gangs verhaften ließ. Darunter sind laut Menschenrechtsorganisationen auch viele Unschuldige. In Sozialen Netzwerken wird nun darüber spekuliert, ob Olivas Rücktritt auf Druck der Regierung erfolgt sein könnte.

"Wir danken Pater Oliva für seinen 13-jährigen großzügigen Einsatz und seine Hingabe für die UCA und ihre Universitätsgemeinschaft", heißt es in einer Mitteilung der Hochschule. Nachfolger soll Pater Mario Ernesto Cornejo (42) werden. Er werde sein Amt als Rektor am Montag (18. Dezember) antreten, hieß es.

Die UCA in El Salvador geriet 1989 in den Fokus der Weltöffentlichkeit, als eine Todeschwadron der salvadorianischen Streitkräfte im Morgengrauen das Universitätsgelände stürmte. Sie erschoss fünf spanische sowie einen einheimischen Jesuiten. Auch die Haushälterin und deren damals 15-jährige Tochter wurden getötet, um keine Zeugen zurückzulassen. Die Geistlichen, vor allem der Uni-Rektor Ignacio Ellacuria, hatten die Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes kritisiert.

K U L T U R & M E D I E N

Kirchenmusiker Praßl mit Päpstlichem Orden ausgezeichnet

Gregorianik-Fachmann von St. Pöltner Weihbischof Leichtfried in Laudatio als "Glücksfall für Österreich" gewürdigt

Salzburg, 12.12.2023 (KAP) Der renommierte Kirchenmusiker und Prof. Franz Karl Praßl (69) ist mit einem hohen Päpstlichen Orden ausgezeichnet worden. Erzbischof Franz Lackner überreichte am Dienstag im Salzburger Bischofshaus den Silvesterorden (Kontur) an den früheren Präsidenten der Österreichischen Kirchenmusikkommission. Der inzwischen emeritierte Universitätsprofessor hatte von 1989 bis 2022 in Graz den Lehrstuhl für Gregorianik und Geschichte der Kirchenmusik inne. Seit 2011 lehrt Praßl zudem am Päpstlichen Institut für Kirchenmusik in Rom. Die Laudatio hielt Weihbischof Anton Leichtfried, der in der Österreichischen Bischofskonferenz u.a. für die Bereiche Liturgie und Kirchenmusik zuständig ist.

Der St. Pöltner Weihbischof bezeichnete Praßl im Blick auf die Kirchenmusik als einen "Glücksfall für Österreich". Als langjähriger Präsident der heimischen Kirchenmusikkommission

habe Praßl sein "umfangreiches Wissen und seine internationalen Erfahrungen" hier gut einbringen können - "und das in seiner typisch sympathischen Art: handfest, bescheiden, solide und ohne Scheu vor einem unnachahmlichen Arbeitspensum". Ausdrücklich würdigte Leichtfried die Verdienste Praßls um das "Gotteslob", das vor zehn Jahren in Deutschland und Österreich in einer grundlegend überarbeiteten Weise eingeführt wurde. So habe Praßl den Österreichteil des Gebet- und Gesangbuches "maßgeblich redigiert". Verdienstvoll seien auch die vielen Begleitpublikationen wie zum Beispiel der jüngst erschienene großartige Liedkommentar zum Gotteslob Österreich.

Wissenschaftliches Hauptgebiet Praßls ist der Gregorianische Choral. "Hier ist er ein ausgewiesener internationaler Fachmann, mit den Spezialgebieten der Neumen und der Übergänge zur Quadrat- und Linear-Notation", führte

Leichtfried weiter aus, der auch den aktiven Kirchenmusiker herausstrich. So sei Praßl mit der von ihm gegründeten Grazer Choralschola "bis heute auf diesem Gebiet maßgeblich und innovativ. Mit ihr gibt es eine prägende Gesamtaufnahme der Gregorianischen Gesänge für das gesamte Kirchenjahr auf mehreren CDs." Die Verbindung von Theorie und Praxis sei Praßl auch bei seinem Wirken im Päpstlichen Kirchenmusikinstitut wichtig. So habe Praßl mit der dortigen Choralschola der S. Cecilia u.a. die gregorianischen Gesänge bei der Messe zur Amtseinführung von Papst Franziskus im März 2013 im Petersdom geleitet.

Forscher mit viel Praxisrelevanz

Franz Karl Praßl wurde 28. September 1954 in Feldbach (Stmk.) geboren, studierte Theologie, Kirchenmusik, Chorleitung und Dirigieren in Graz, später in Essen Gregorianische Paläographie und Semiologie. 1982 bis 1992 war er Domorganist in Klagenfurt, 1982 bis 1989 auch

Kirchenmusikreferent der Diözese Gurk. 1989 übernahm Praßl die Professur für Gregorianik und Geschichte der Kirchenmusik an der Kunstuniversität Graz. Von 1999 bis 2011 war er Präsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Hymnologie, von 2010 bis 2022 stand er zudem an der Spitze der Österreichischen Kirchenmusikkommission.

Praßl ist Mitherausgeber der beiden 2011 und 2018 erschienenen Bände des Graduale Novum, der offiziellen Ausgabe der liturgischen Gesänge für die römisch-katholische Messe. Er veröffentlichte zahlreiche Publikationen zur Hymnologie, Liturgie- und Sakralmusikgeschichte vor allem des 12. Jahrhunderts. Er ist Gründer und Leiter der Grazer Choralschola, mit der er zahlreiche Konzertreisen unternommen und Tonträger produziert hat. 2019 wurde Praßl mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.

Christbaum aus Stift Admont im ORF-Zentrum am Königlberg

Abt Gerhard Hafner bei Segnung: Christbaum ist "einladender Fingerzeig, über Nachhaltigkeit und Klimawandel nachzudenken"

Wien, 12.12.2023 (KAP) Das steirische Benediktinerstift Admont hat den diesjährigen Weihnachtsbaum im Medienzentrum des ORF in Wien Königlberg gestiftet. Im Rahmen der Segnung betonte der Abt Gerhard Hafner die nachhaltige die Symbol- und Strahlkraft des Christbaumes in der heutigen Zeit. "Der Christbaum ist ein einladender Fingerzeig, über Nachhaltigkeit und Klimawandel nachzudenken", so der Abt. Ferner erinnere der Christbaum an die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus, sagte Hafner.

Dankbar für die "benediktinische Gastfreundschaft" äußerte sich ORF-Generaldirektor

Roland Weißmann. Er verwies zudem auf die bereits für 25. Dezember 2024 geplante Übertragung des Weihnachtsgottesdienstes aus dem steirischen Stift anlässlich dessen 950-Jahres-Jubiläums. Anwesend waren zudem die Hauptabteilungsleiterin von ORF-Religion, Barbara Krenn, sowie mehrere ORF-Stiftungsräte.

Mit dem Christbaum im ORF wird eine Tradition fortgesetzt, die im Advent 2020 begonnen hat. Damals war der ORF-Christbaum von der Wiener Dompfarre St. Stephan gestiftet worden.

Künstler für interreligiöses Kunstwerk am Kölner Dom ausgewählt

Antisemitischen Darstellungen am Kölner Dom soll bald ein christlich-jüdisches Kunstwerk entgegengestellt werden - An Wettbewerb auch zwei Künstlerinnen aus Österreich beteiligt

Köln, 12.12.2023 (KAP/KNA) Am weltbekanntesten Dom im deutschen Köln soll ein Kunstwerk zum christlich-jüdischen Verhältnis entstehen. An dem Wettbewerb dazu nehmen 15 Künstlerin-

nen und Künstler aus dem In- und Ausland teil, wie das Domkapitel nun mitteilte. Weil sich an der Kathedrale viele judenfeindliche Darstellungen finden, soll das neue Kunstwerk das heutige

Verhältnis von Juden und Christen thematisieren. Für den Wettbewerb, dessen erste Phase im August startete, stellte das Domkapitel als Hausherr des Doms zunächst 500.000 Euro zur Verfügung. Auch zwei Künstlerinnen aus Österreich beteiligen sich.


"In einer Zeit, in der Antisemitismus in Deutschland wieder in einem erschreckenden Maße zunimmt, hat unser Kunstwettbewerb noch einmal eine ganz neue Relevanz erfahren", erklärte der Kölner Domkapitular und Weihbischof Rolf Steinhäuser. "Nie war es nötiger, den Artefakten im Dom, die von der erschreckenden Judenfeindschaft vergangener Zeiten zeugen, eine aktuelle Botschaft entgegenzusetzen."

Der nächste Schritt im Wettbewerb ist ein Kolloquium am 23. Jänner in Köln mit allen Teilnehmern und der Jury. Nach einer anschließenden Ausarbeitung würden die Konzepte der ausgewählten Künstlerinnen und Künstler im April 2024 von der Jury gesichtet. Vier Finalisten erarbeiten anschließend Details ihrer Entwürfe. Im Herbst 2024 soll der Siegerentwurf mit allen anderen Entwürfen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zur Projektgruppe gehört auch das Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln, Abraham Lehrer. "Ich freue mich schon sehr darauf, die Vorschläge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur möglichen Aussage und Verortung, zur Beschaffenheit und zum Charakter des neuen Kunstwerks für den Dom kennenzulernen", erklärte er.

Acht der ursprünglich vorgeschlagenen Künstler kamen nach Angaben des Domkapitels für eine Teilnahme nicht infrage - etwa wegen Mitwirkung in antisemitischen Netzwerken. Zu den zugelassenen Personen gehören: Azra Akamija (Cambridge), Christoph Knecht (Düsseldorf), Zenita Komad (Sittersdorf in Österreich), Sigalit Landau mit Gilad Ashery (Tel Aviv, Israel), Roy Mordechay (Düsseldorf), Nira Pereg (Tel Aviv), Karen Russo (London) mit Michaela Meise (Berlin), Julia Scher (Köln), Ruth Schnell (Wien) sowie aus Berlin Ilit Azoulay, Andrea Büttner, Maria Eichhorn, Leon Kahane, Ariel Schlesinger und Simon Wachsmuth.

(Internetseite zum Kunstwettbewerb: <https://www.koelner-dom.de/erleben/internationaler-kunstwettbewerb-koelner-dom>)

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 5283 – 1337 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	